

»»» Wie weiter? Worauf es in der Corona-Krise jetzt ankommt

20. August 2020

Autoren: Dr. Fritzi Köhler-Geib, Telefon 069-7431-2931, fritzi.koehler@kfw.de
KfW Research, Telefon 069 7431-9888, research@kfw.de

Motivation

Die Wirtschaftskrise, die aus dem Corona-Schock resultiert, ist einzigartig in der Schnelligkeit ihrer Ausbreitung, ihrer Tiefe und ihrem weltweiten Ausmaß. Da der Schock seinen Ursprung außerhalb der Wirtschaft hat, ist ein schnelles Wiederanspringen der Wirtschaft im Prinzip möglich. Allerdings ist wegen der weiterhin hohen Unsicherheit eine umfassende wirtschaftliche Erholung besonders schwierig. Die Bewältigung von drei unmittelbaren Herausforderungen entscheidet dabei über die Geschwindigkeit und Art dieser Erholung: 1. die Verschuldung der Unternehmen und ihre Auswirkungen, 2. die Chancen aus einer Beschleunigung der Digitalisierung, und 3. die Anstrengungen zur Erreichung der Klimaneutralität im Blick zu behalten und anzugehen. Das folgende Positionspapier hat zum Ziel, diese zu beschreiben und Impulse für ihre Lösung zu liefern.

1. Krise und Krisenreaktion

Deutschland hat die Corona-Pandemie bisher vergleichsweise gut gemeistert, das Vorkrisenniveau wird jedoch erst Ende 2021 wieder erreicht werden. Deutschland und die Welt wurden unvermittelt in einen tiefen konjunkturellen Abgrund gestoßen. Den Tiefpunkt dürften wir im April durchschritten haben, der Weg zum Vorkrisenniveau ist allerdings steinig und lang. Die Pandemie ist noch nicht vorbei und das aktuell hohe Erholungstempo dürfte bald deutlich nachlassen. Für 2020 erwarten wir einen BIP-Einbruch von ca. 6 %, für 2021 ein aufholendes Wachstum von ca. 5 %.

Die weiterhin enorme Unsicherheit und die Belastung der Unternehmensbilanzen durch entgangene Umsätze führen zu einer globalen Investitionszurückhaltung. Neben „Sorgenkindern“ wie der Gastronomie oder der Luftfahrt wird vor allem das Verarbeitende Gewerbe mit seiner zyklischen Ausrichtung auf Investitions- und Vorleistungsgüter und der starken Integration in die Weltwirtschaft noch länger belastet sein.

Die Corona-Krise unterscheidet sich deutlich von anderen Wirtschaftskrisen. Das pandemiebedingte Herunterfahren ganzer Ökonomien war die notwendige Reaktion auf einen exogenen Schock. Im Gegensatz zur Finanzkrise 2008–2009 müssen daher nicht vergangene Schuldenexzesse oder strukturelle Fehlentwicklungen korrigiert werden. Die Erholung kann damit grundsätzlich schneller stattfinden. Andererseits war der Wirtschaftseinbruch außergewöhnlich schnell und tief und vor allem global.

Dies stellt Deutschland aus unserer Sicht vor allem vor drei unmittelbare Herausforderungen, deren Bewältigung über die Geschwindigkeit und Art der Erholung entscheiden: 1. die Verschuldung der Unternehmen und ihre Auswirkungen, 2. die Chancen aus einer Beschleunigung der Digitalisierung und 3. die Anstrengungen zur Erreichung der Klimaneutralität im Blick zu behalten und anzugehen. Werden sie nicht adressiert, kann das den Aufschwung gefährden. Die Verschuldung einer bisher solide finanzierten Unternehmenslandschaft belastet notwendige Investitionen und könnte im Extremfall zu einer Insolvenzwelle mit allen nur denkbaren Folgen für Unternehmen, Beschäftigte und Banken führen. Es bestehen Zweifel, ob die durchaus auch in der Krise liegenden Chancen, wie z. B. den Digitalisierungstrend zu beschleunigen, entschieden ergriffen werden. Und es besteht auch die Gefahr, dass wichtige Langfristthemen, wie insbesondere die Erreichung von Klimaneutralität, in der akuten Krisenbewältigung vernachlässigt werden. Wie gut wir diese Herausforderungen bewältigen, wird maßgeblich über Schnelligkeit und Art der Erholung entscheiden.

Die Krisenantwort des Staates ist richtig: Ökonomische Kapazitäten erhalten, Konjunktur stimulieren, Transformation gestalten. Mit dem schnell und umfassend aufgespannten Schutzschild wurden Wirtschaft und Gesellschaft vor akutem Schaden bewahrt und das produktive Potenzial der Volkswirtschaft erhalten. Die Konjunktur- und Zukunftspakete zielen darauf ab, Wege aus der Krise zu bahnen und danach den Strukturwandel für eine bessere Zukunft zu gestalten. Flankiert werden die Fiskalmaßnahmen von substantiellen Beiträgen der Europäischen Zentralbank zum Funktionieren der Finanzmärkte.

Einer der wichtigsten Schlüssel zu einem nachhaltigen Aufschwung ist neues Vertrauen. Die Corona-Krise mit vielfältigen neuen Erfahrungen kann zum Katalysator für die notwendige Transformation werden. Die Wirtschaftspolitik kann auf gestiegenes Vertrauen in staatliche Problemlösungskompetenz und eine hohe Flexibilitätsbereitschaft in der Bevölkerung bauen. Fiskalische Stabilisierungspolitik und Geldpolitik kaufen kurzfristig Zeit. Mittelfristig muss die Wirtschaft es schaffen, wieder vorwiegend auf eigenen Füßen zu stehen. Dazu ist Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft bei Konsumenten und Unternehmen erforderlich.

2. Corona-Trends – Herausforderungen während und nach der Krise

Die drei unmittelbaren Herausforderungen sind eng verwoben und haben Überschneidungen mit mittel- und langfristigen Handlungsfeldern, in denen die Weichen für eine nachhaltige Erholung gestellt werden müssen. Als diese Handlungsfelder hat KfW-Research folgende identifiziert: Krisenfestigkeit der Wirtschaft stärken, Klimaneutralität der Wirtschaft vorantreiben, Erfindergeist und geringere Berührungängste mit Digitalisierung in Produktivitätssteigerungen übersetzen, weiterhin die Vorteile internationaler Vernetzung nutzen und eine Nationalisierung von Wertschöpfungsketten vermeiden und Europa stärken.¹ Während die Herausforderung Verschuldung auch mit der Krisenfestigkeit eng verknüpft ist, kommt ihr durch die Geschwindigkeit der Ausbreitung und Massivität der Corona-Krise eine hervorgehobene Rolle zu. Hinsichtlich der zweiten Herausforderung Digitalisierung und Innovation gilt es, unmittelbar den Schub aus der Krise in langfristige und tiefer greifende Veränderungen und damit Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen. Die Gefahr, dass die akute wirtschaftliche Krise die Brisanz der langfristigen Klimakrise überdeckt, erfordert auch bei der dritten Herausforderung ein besonderes, unmittelbares Augenmerk. Bei angemessenen Anstrengungen und ausreichenden Investitionen können sowohl ein Digitalisierungs- und Innovationsschub wie auch die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zum Aufschwung beitragen. Wie dies unter Berücksichtigung der aktuellen Verschuldungslage rasch und effektiv gelingen kann, ist Leitfrage der nachfolgenden Überlegungen.

2.1 Verschuldung und Liquiditätslage der Unternehmen und Situation der Banken

Die pandemiebedingten Umsatzeinbußen haben die Liquidität der Unternehmen stark belastet und einige in Zahlungsschwierigkeiten gebracht. Zur Schließung der Liquiditätslücke haben Unternehmen neben staatlichen Zuschussprogrammen (Soforthilfe, Überbrückungshilfe) bestehende Kreditlinien gezogen sowie neue Kredite aufgenommen. Entsprechend kräftig ist die Dynamik des Kreditneugeschäfts mit Unternehmen im ersten Halbjahr 2020 ausgefallen. Nach einer Verdopplung des Wachstumstempos bereits im ersten Quartal auf 7,3 % lag das Plus der Neuzusagen im zweiten Quartal nur knapp darunter. Die Ausleihungen dienen vorrangig der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs, während Finanzierungen von Investitionen in den Hintergrund treten. Durch die Ausweitung der Kreditaufnahme sowie die Belastung der Eigenkapitalausstattung durch Verluste, kann davon ausgegangen werden, dass der Verschuldungsgrad im Unternehmenssektor steigt. Anfang Juni rechneten 45 % der KMU mit einer gleich bleibenden oder steigenden Eigenkapitalquote für das laufende Geschäftsjahr, 29 % gingen von einer Verschlechterung aus.

Die Gefahr der Überschuldung in der Breite des Unternehmenssektors ist jedoch gering, wenn auch Unterschiede zwischen Branchen bestehen. Während die Umsätze im Gastgewerbe im Juni noch fast 30 % unter dem Stand vom Februar lagen, übertreffen die Einzelhandelsumsätze mittlerweile ihr Vorkrisenniveau schon wieder deutlich. Die Umsätze mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen müssen noch 20 % zum Stand vom Februar aufholen, die Maschinenbauumsätze 10 %. Grundsätzlich hatten die Unternehmen in Deutschland eine solide Ausgangsbasis: Im Durchschnitt lagen die Eigenkapitalquoten auf einem hohen Niveau (2018: KMU 31,2 %; Unternehmen insgesamt 31 %). Der hohe Bestand an Eigenkapital hilft den Unternehmen, Verluste über eine längere Zeit bilanziell zu verkraften, schont die Liquidität der Unternehmen und stärkt ihre Bonität, dies hilft den Kreditzugang offen zu halten. Die Verschuldung der Unternehmen in Deutschland war zuletzt moderat: der Bankverschuldungsgrad lag 2017 bei lediglich 22 % (1997: 37 %).

Insgesamt werden dennoch viele Unternehmen post-Corona einem Zielkonflikt gegenüberstehen, der ohne aktives Gegensteuern mit großer Wahrscheinlichkeit zulasten von Investitionen ausgehen wird. Wenn es darum geht, das finanzielle Überleben oder die finanzielle Resilienz zu stärken, werden viele Unternehmen Abstriche machen bei der Stärkung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen, Innovationen und Digitalisierung, die ebenfalls Mittel bedürfen. In Branchen, die sich wie die Automobilindustrie großen strukturellen

¹ Köhler-Geib et al. (2020): "Die Krise als Katalysator für nachhaltigeres Wirtschaften", Positionspapier, KfW Bankengruppe, 18. Mai 2020.

Umbrüchen gegenübersehen, könnten die Folgen fatal sein. Diese Gefahr ist besonders wegen der weiterhin großen Unsicherheit, was das weltweite Infektionsgeschehen angeht, aber auch bezüglich einer zweiten Infektionswelle in Deutschland und dadurch eines erneuten (lokalen) Lockdowns nicht gebannt.

Der Bankensektor ist für die Umsetzung von Investitionsvorhaben in Unternehmen ein wichtiger Partner; allerdings ist dessen Ertragslage unter Druck. Vor der Corona-Krise haben pro Jahr etwa 15 % der mittelständischen Unternehmen Bankkredite für die Finanzierung von Investitionsprojekten aufgenommen. Dazu kommt, dass die höhere Verschuldung des Unternehmenssektors und das damit möglicherweise steigende Risiko von Kreditausfällen für den Bankensektor eine Herausforderung darstellt.

Mit einer massiven Bankenkrise in Deutschland aufgrund der Corona-Krise ist nicht zu rechnen. Die schwere pandemiebedingte Rezession wird zwar in den Bankbilanzen aufgrund steigender Risikokosten und Kreditausfällen tiefe Spuren hinterlassen, deren Bereinigung Zeit in Anspruch nehmen wird. Im Nachgang zur Finanzkrise hatten die Banken ihre Eigenkapital- und Liquiditätspositionen deutlich gestärkt; daher sind die Institute voraussichtlich in der Lage, die Verluste verkraften zu können. Die umfassenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, darunter die expansive Geldpolitik, das Konjunkturprogramm und insbesondere die staatlichen Risikoübernahmen für Kredite tragen zudem entscheidend dazu bei, die Verlustrisiken zu begrenzen. Daher konnten die Banken bei nur moderaten Verschärfungen der Finanzierungsbedingungen ihr Kreditangebot in der akuten Krisenphase ausweiten.

Dennoch ist zu befürchten, dass die Banken die wirtschaftliche Erholungsphase nicht ausreichend unterstützen können. Durch die steigenden Kreditausfälle droht eine Erosion der Kapitalpositionen, die aufgrund der schwachen Profitabilität kurzfristig aus eigener Kraft nicht zu kompensieren ist. Mit der Rückführung der staatlichen Unterstützung ist daher mit zunehmenden Einschränkungen beim Kreditangebot zu rechnen.

Die kräftige Kreditdynamik in den ersten Krisenmonaten dürfte sich mit der Jahreswende 2020/2021 umkehren. Die Unternehmen werden versuchen, die Verschuldung zur Schließung der Liquiditätslücken zurückzuführen, die Investitionstätigkeit und der damit verbundene Finanzierungsbedarf wird sich nur unvollständig erholen. Daher ist mit einem Rückgang des Kreditneugeschäfts an die Unternehmen zu rechnen, der deutlich ausfallen kann.

Die großen strukturellen Herausforderungen für den Bankensektor werden durch die Corona-Krise tendenziell verschärft, vor allem der Digitalisierungsdruck. Die Konkurrenz durch die großen Techfirmen wächst, das Negativzinsumfeld verfestigt sich und die Verantwortung der Banken für nachhaltiges Wirtschaften wird eingefordert. Der erhöhte Handlungsdruck bringt aber auch die Chance schnellerer Veränderungen mit sich. Mit der sozialen Distanzierung geht eine Beschleunigung der Digitalisierung einher, neue Formen der Zusammenarbeit mit Plattformunternehmen bilden sich, der Trend zum Filialabbau und zur Konsolidierung wird gestärkt. Allerdings stehen die Banken wie auch der Unternehmenssektor vor dem Zielkonflikt finanzieller Krisenfestigkeit und mittelfristiger Ertragsstärke.

2.2 Digitalisierungsschub durch Corona in langfristige Wettbewerbsfähigkeit umsetzen

Vordergründig sehen wir einen durch Corona ausgelösten Digitalisierungsschub, allerdings bleiben Investitionen für größere Vorhaben und Innovationen auf der Strecke. Maßnahmen zu Innovation und Digitalisierung stellen für viele Unternehmen einen zentralen Baustein in der Strategie zur Krisenbewältigung dar. Die Umsetzung von Innovations- und Digitalisierungsprojekten ist während der Krise daher deutlich angestiegen. Gerade Unternehmen, die stark von der Krise betroffen sind, gehen Innovationen (und Digitalisierungsprojekte) an. Allerdings handelt es sich dabei zumeist um schnell umsetzbare Maßnahmen, die wenig Entwicklungsarbeit erfordern.

Längerfristige, umfangreichere und damit tiefer gehende Innovations- und Digitalisierungsprojekte werden stattdessen häufiger zeitlich gestreckt oder zurückgestellt. Grund hierfür ist, dass die Finanzierung – die typischerweise aus internen Mitteln erfolgt – aufgrund der finanziellen Engpässe erschwert wird. Diese „Innovationlücke“ bei tiefer gehenden Vorhaben wird die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen nach Überwindung der Krise belasten.

Auch bei den Investitionen ist von einem Einbruch während der Krise auszugehen, mit Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft und den Wirtschaftsstandort Deutschland: Aufgrund des Drucks auf die Liquidität dürften Unternehmen Ersatzinvestitionen zurückgestellt haben. Die Nachfrageeinbrüche haben sich wiederum negativ auf die Notwendigkeit für Erweiterungsinvestitionen ausgewirkt. Weiterhin können dadurch über die unmittelbaren Folgen der Corona-Krise hinaus gestärkte protektionistische Tendenzen die exportgetriebene deutsche Wirtschaft auf längere Sicht belasten. Unklar ist, ob deutsche Unternehmen mittelfristig von Handelsumlenkungen (bei einem Handelskrieg USA-China) und von Verkürzungen der Wertschöpfungsketten (bei verstärktem Robotereinsatz/Industrie 4.0) profitieren können. Es ist allerdings jetzt schon klar, dass das Zurückstellen von Innovations- und Digitalisierungsprojekten sowie niedrigere Investitionen sich mittel- bis langfristig negativ auf den Wirtschaftsstandort Deutschland auswirken könnten.

2.3 Klimaneutralität: Finanzielle Engpässe und gesunkene Preise für fossile Energieträger erschweren die Mobilisierung von notwendigen Investitionen

Klimaschutz ist aktuell weniger stark im Fokus der Öffentlichkeit als vor der Corona-Krise und damit besteht die Gefahr, dass das Thema ins Hintertreffen gerät (sichtbar z. B. durch reduzierte Google-Suchanfragen in diesem Themenbereich seit März gemäß Google Trends). Das deutsche Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erfordert allerdings unverändert einen Strukturwandel in allen Wirtschaftsbereichen durch rasches und entschlossenes Handeln.

Der notwendige Strukturwandel erfordert umfangreiche Investitionen, etwa im Bereich der Erneuerbaren Energien, in der Industrie oder bei der energetischen Gebäudesanierung. Allein für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 95 % gegenüber 1990 sind gemäß einer BDI-Studie in den nächsten 30 Jahren Investitionen in Höhe von insgesamt ca. 2.300 Mrd. EUR zu mobilisieren. Finanzielle Engpässe seitens der relevanten Akteure im Zuge der Corona-Krise stellen diese Mobilisierung vor neue Hürden. Hinzu kommt, dass gesunkene Energiepreise für fossile Energieträger infolge der Krise die Wirtschaftlichkeit von Klimaschutztechnologien verringern. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass die notwendigen Investitionen in Unternehmen, privaten und öffentlichen Haushalten verschoben werden oder ganz unterbleiben.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken eines ungebremsen globalen Temperaturanstiegs müssen der Wiederaufbau der Wirtschaft im Zuge der Pandemie und die Bekämpfung der Klimakrise Hand in Hand gehen. Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik mit den entsprechenden Anreizen für private Investitionen, Investitionen der öffentlichen Hand und notwendigen Veränderungen der Rahmenbedingungen eröffnet neue Märkte, trägt zur Modernisierung der Volkswirtschaft bei und macht sie dadurch zukunftsfest.

3. Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beschäftigung

Der starke Rückgang von Unternehmenserträgen und die Notwendigkeit zum Social Distancing im Arbeitsleben haben zwei kritische Entwicklungen am Arbeitsmarkt ausgelöst: Die Zahl der Kurzarbeiter ist bis April auf 6,8 Mio. hochgeschwollen, und die Zahl der Arbeitslosen lag im Juni mit 2,9 Mio. um mehr als 600.000 höher als im April des Vorjahres. Sie dürfte in den nächsten Monaten auf etwas über 3 Mio. steigen, bevor zum Jahresende die konjunkturelle Erholung auch eine Wende am Arbeitsmarkt bringt. Sollte ein zweiter Lockdown erforderlich werden, könnte aber auch eine weitere Entlassungswelle folgen. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen wegen andauernder Ertragseinbußen ihre Kosten längerfristig reduzieren wollen. Dies kann auch im nächsten Jahr noch Kündigungen zur Folge haben.

Zudem stellen die Unternehmen angesichts der Krise weniger ein und bilden weniger aus, sodass Überlegungen für Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes und von Gründungen an Bedeutung gewinnen. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist nach dem Lockdown noch weiter gesunken und lag im Juni mit 570.000 um mehr als 200.000 unter der des Vorjahresmonats. Die Arbeitslosigkeit hat vor allem unter Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss und Jugendlichen zugenommen. Es kommt in den kommenden Monaten darauf an, dass sich die Arbeitslosigkeit nicht verfestigt und zu bleibenden Nachteilen führt. Die Bedingungen dafür sind erschwert. Denn die Zurückhaltung beim Besetzen von Ausbildungsplätzen und bei betrieblichen Schulungen wird mit dem Ansteckungsrisiko anhalten. Finanzielle Hilfen und Anreize für das Schaffen von Lehrstellen, zur Neueinstellung von Berufsanfängern und generell zu Weiterbildung und Umschulungen können dem entgegenwirken, z. B. indem sie die Schaffung digitaler Schulungsangebote fördern. Auch eine Ausweitung der Gründungsförderung könnte dabei unterstützen, freie Kapazitäten für die Umsetzung neuer Geschäftsideen und -modelle zu

nutzen. Angesichts einer durch die steigende Arbeitslosigkeit absehbar zunehmenden Gründungstätigkeit wäre jetzt auch ein sinnvoller Zeitpunkt, um Gesetze und Regelungen zu überprüfen und gegebenenfalls gründungs- und selbstständigkeitsfreundlicher zu gestalten.

Die hohe Zahl der Kurzarbeiter zeigt, dass Unternehmen bestrebt sind, Beschäftigte zu halten. Grund ist die zunehmende Fachkräfteknappheit aufgrund des abnehmenden Produktivitätswachstums und der demografischen Entwicklung. Trotz der stark gesunkenen Arbeitsnachfrage machen sich auch in der Krise Fachkräfteengpässe bemerkbar. Das betrifft unter anderem Anbieter von Dienstleistungen zur Digitalisierung, aber auch die Bauwirtschaft und den Pflege- und Gesundheitssektor. Der Fachkräftemangel wird sich mit dem Überwinden der Krise allgemein wieder verstärken. Auch deshalb kommt Ausbildung, Weiterbildung und Umschulungen in der Krise finanziell eine große Bedeutung zu und verdient Unterstützung.

Fortschritte bei der Digitalisierung und neue Umweltechnologien werden Arbeitsplätze entstehen lassen, die helfen, die Arbeitslosigkeit wieder zu senken, allerdings mit einer zeitlichen Verzögerung. Außerdem wird es zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auch nur dann kommen, wenn Unternehmen in diesen Bereichen investieren und Innovationen entwickeln. Es ist daher auch für das schnelle Schaffen zukunftsfähiger Arbeitsplätze richtig, den Schwerpunkt der Konjunktur- und Zukunftspakete des Bundes und der EU auf Investitionen in Digitalisierung sowie Klima- und Umweltschutz zu legen.

4. Bewältigung der Krise und Impulse für Lösungen

4.1 Verschuldung im Auge behalten, aber nicht dramatisieren

Mit der durch die Corona-Krise bedingten Zunahme der Verschuldung werden viele Unternehmen mittelfristig in dem Zielkonflikt stehen, ihre finanzielle Resilienz (Liquiditätsreserven, Eigenkapital) auf Kosten von Investitionen, Innovationen und Digitalisierung – und damit zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit – zu stärken. Maßgeblich für die Entscheidung der Unternehmen für bzw. gegen finanzielle Resilienz wird ihre Wahrnehmung von Unsicherheit hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Erholung sein. Zudem dürfte die Erwartung einer zweiten Infektionswelle in Deutschland mit einem erneuten Lockdown und entsprechenden Folgen für die Liquidität der Unternehmen diese Entscheidung deutlich beeinflussen. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, ein klares Signal zu geben, dass schnelle, liquiditätsstützende Maßnahmen für Unternehmen in Form von unbürokratischen, günstigen Krediten in Verbindung mit Zuschüssen weiterhin angeboten werden. Aus staatlicher Sicht ist die Stabilisierung von Unternehmen wichtig, auch um z. B. Negativspiralen in Lieferketten zu bremsen, gleichzeitig bleibt die Abwägung mit der Wirtschaftlichkeit von Geschäftsmodellen notwendig, um die Stützung von so genannten „Zombieunternehmen“ zu vermeiden.

Ergänzend dazu erscheint eine Stärkung der Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen, Innovationen und Digitalisierungsprojekten, die die Kapitalstruktur der Unternehmen „schonen“ vorteilhaft. Darunter sind zum Beispiel Leasingfinanzierungen und Mezzanine-Finanzierungen zu prüfen. Für die Finanzierung von Innovationen könnte die verstärkte Kombination von Krediten mit Zuschüssen eine sinnvolle Unterstützung darstellen.

Grundsätzlich ist jedoch auch hervorzuheben, dass eine Erhöhung des Verschuldungsgrads der Unternehmen nicht per se eine negative Entwicklung darstellt. Eine Fremdfinanzierung kann sich (richtig eingesetzt) auch positiv auf die Rentabilitätszahlen eines Unternehmens auswirken (Leverage-Effekt). Die Erhöhung der Eigenkapitalquote bzw. Rückführung der Verschuldung sollte somit nicht zum Selbstzweck werden, sondern Teil einer nachhaltigen und ausgewogenen Finanzierungsstrategie sein. Die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Investitionen, Innovationen und Digitalisierungsprojekten, die zukünftige Gewinne erwarten lassen, ist wesentlicher Teil der Dynamik für wirtschaftliches Wachstum.

4.2 Corona-Impuls bei Digitalisierung und Innovation in neuen Schub umsetzen, Absacken von Investitionen entgegenwirken

Ein großer Teil der von Corona betroffenen Unternehmen hat mit Innovationen und Digitalisierung auf die Krise reagiert, allerdings waren dies zumeist schnell umsetzbare Maßnahmen. Um auf diesen Impuls aufzusetzen und ihn in einen tiefer greifenden Schub zu überführen, gilt es kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu würde es sich anbieten, den Fördergehalt bei bestehenden Fördermaßnahmen für Innovations- und Digitalisierungsaktivitäten auszuweiten. Das schließt auch kreditbasierte Förderinstrumente ein. So zeigen aktuelle Ergeb-

nisse zum ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit, dass eine umfangreiche Kreditaufnahme für Digitalisierungs- und Innovationsprojekte sich nicht negativ auf die Bonität der Unternehmen auswirkt, da der Zuwachs an Wettbewerbsfähigkeit die höhere Verschuldung kompensiert.

Mittelfristig gilt für Innovationen wie für Digitalisierung, dass Fachkräftemangel und fehlendes Knowhow in Unternehmen angegangen werden müssen. Dazu sind verstärkt Aus- und Weiterbildung notwendig, aber auch Unterstützung der Unternehmen beim Innovationsmanagement, um entsprechende Potenziale im Unternehmen zu erschließen (etwa indem gezielt Personal weiterentwickelt wird). Hinsichtlich der Digitalisierung stellt auch der Ausbau der Breitbandversorgung unverändert einen wichtigen Ansatzpunkt dar. Mittelfristig wäre es zudem wichtig, zusätzliche, niederschwellige Förderinstrumente zu entwickeln, die bislang nicht-innovativen Unternehmen und Nicht-Digitalisierern eine Aufnahme entsprechender Tätigkeiten erleichtern.

Insgesamt ist ein Ausbau der Investitionsförderung sowie gezielter öffentlicher Investitionen wichtig, um eine Investitionsschwäche nach der Corona-Krise zu verhindern. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es zu keiner einseitigen Erleichterung von Investitionen ohne Förderung von Innovations- und Digitalisierungstätigkeit im selben Maß kommt. Ansonsten könnte es zu einer ungewollten Umlenkung von Unternehmensaktivitäten hin zu materiellen Investitionen und damit eine weitere Schwächung des technischen Fortschritts kommen. Auch Unsicherheit hinsichtlich der weiteren technologischen Entwicklung spielt eine Rolle für eine geringere Neigung gerade kleiner Unternehmen, in weiter führende Innovations- und Digitalisierungsprojekte zu investieren. Einsatzbereich für den Staat kann daher sein, in große Projekte z. B. im Bereich Dateninfrastruktur (Cloud) zu investieren, um komplexere Vorhaben im Bereich künstliche Intelligenz auch von KMU und Start-ups mit einer Plattform zu unterstützen.

4.3 Klimaneutralität: Notwendiger Strukturwandel erfordert rasches und konsequentes Handeln

Bereits vor der Corona-Krise hat die Bundesregierung im Oktober 2019 mit dem Klimaschutzprogramm 2030 ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Erreichung des Treibhausgasminderungsziels 2030 (-55 % ggü. 1990) vorgelegt. Zusätzlich sind rund ein Viertel der eingeplanten Mittel des jüngst verabschiedeten Konjunktur- und Zukunftspakets für den Klimaschutz vorgesehen. Nun gilt es, die beschlossenen Maßnahmen konsequent und zügig umzusetzen. Absehbar ist allerdings bereits jetzt, dass weitere Maßnahmen zur Zielerreichung folgen müssen, etwa durch den Ausbau der Förderung und des regulativen Rahmens. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der in Diskussion stehenden Anhebung des EU-weiten Treibhausgasminderungsziels für das Jahr 2030, welches auch eine Zielverschärfung für Deutschland mit sich bringen würde.

Die Energiewende kann durch starke Anreize für weit reichende Investitionen ein wichtiger Wachstums- und Innovationsmotor in Deutschland und Europa werden. Relevante Bereiche hierbei sind der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Stromnetzausbau, die energetische Gebäudesanierung, die Förderung der nachhaltigen Mobilität einschließlich virtueller Substitute (z. B. Videokonferenzen) sowie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft für die Dekarbonisierung der Industrie.

Damit die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität gelingt, bedarf es Planungssicherheit für die Investoren. Neben einer kontinuierlichen Innovations- und Investitionsförderung ist ein verlässliches und ansteigendes CO₂-Preissignal in allen Wirtschaftssektoren ein wesentlicher Faktor, damit sich klimafreundliche Technologien langfristig wirtschaftlich gegenüber ihren fossilen und damit klimaschädlichen Alternativen durchsetzen können. Deshalb kommt dem in Deutschland eingeschlagenen Weg der CO₂-Bepreisung von Wärme und Verkehr eine große Bedeutung zu und erfordert eine konsequente Fortführung sowie eine Weiterentwicklung des EU-Emissionshandels. Ausgleichsmechanismen für sozial benachteiligte Haushalte bzw. im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen („Carbon Leakage“) sind für die Akzeptanz der Transformation essenziell. Solange es keinen global harmonisierten CO₂-Preis gibt und das Ambitionsniveau beim Klimaschutz außerhalb der EU recht unterschiedlich ist, bedarf es insbesondere für die Industrie weiterer Instrumente, um mögliche Wettbewerbsnachteile durch anspruchsvolleren Klimaschutz auszugleichen und damit Investitionssicherheit zu schaffen. Kurzfristig umsetzbare Instrumente wären in diesem Zusammenhang vor allem „Carbon Contracts for Difference“ (staatliche Betriebskostenzuschüsse zum Ausgleich höherer CO₂-Vermeidungskosten) und Nachfragequoten für CO₂-frei erzeugte Grundstoffe (z. B. Einsatzquote für grünen Stahl oder strombasierter synthetischer Treibstoffe im Flugverkehr).